

The [original comment](#) on the webpage of the German weekly magazine FOCUS Online (22.09.2019)

ONLINE
FOCUS

Politik Finanzen Regional Perspektiven Wissen Gesundheit Kultur Panorama Sport Digital

Nachrichten > Politik > Gastautoren > Boris Johnson: EU-Experte: Warum Brexit-Boris nie ans Ziel gelangen wird

Gastbeitrag von Klemens Joos

EU-Experte legt sich fest: Warum Brexit-Boris nie ans Ziel gelangen wird

Teilen Pocket



Boris Johnson, Premierminister von Großbritannien

Daniel Leal-Olivares/PA Wire/opa

FOCUS-Online-Gastautor **Klemens Joos**

Sonntag, 22.09.2019, 19:02

Obwohl der größte Brexiteer von allen, Boris Johnson, inzwischen als Premierminister die Geschicke des Vereinigten Königreichs lenkt, klappt es mit dem Brexit genau so wenig wie unter seiner Vorgängerin Theresa May. Denn nach Überzeugung des FOCUS-Online-Gastautors Dr. Klemens Joos, EU-Experte an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, kann es einen vertraglich geregelten Brexit gar nicht geben.

Wenn jemand sich die berechtigte Frage stellt, warum das Vereinigte Königreich auch im vierten Jahr nach dem Austrittsreferendum den Brexit einfach nicht hinbekommt, dann lohnt ein Blick auf den eigenen Reisepass. Dort steht in goldenen Lettern auf dem bordauxvioletten Einband „EUROPÄISCHE UNION“ und erst dann Bundesrepublik Deutschland. Den Zusatz Europäische Union haben nicht alle EU-Mitgliedstaaten übernommen, aber den einheitlich gestalteten Reisepass inzwischen fast alle, um so das Gemeinschaftsgefühl der EU-Bürger nachdrücklich zu stärken.

Noch mehr lohnt sich ein Blick in den Vertrag von Lissabon von 2009, der eine derartige Vertiefung und engere Verzahnung der EU-Mitgliedstaaten mit sich brachte, dass man ihn mit Fug und Recht als die Geburtsstunde der 1946 von Winston Churchill in Zürich postulierten „Vereinigten Staaten von Europa“ bewerten muss.

Durch dieses große Vertragswerk, das den Rang einer europäischen Verfassung für sich in Anspruch nehmen kann, sind heute alle EU-Staaten so tiefgreifend miteinander verwoben, dass keiner sich einen Bruch mit der EU leisten könnte. Denn mit dessen Ratifizierung wurde ein großer Teil ihrer mitgliedstaatlichen Souveränität den Institutionen der EU übertragen und damit Macht abgegeben.



Dr. Klemens Joos, EU-Experte und LMU-Lehrbeauftragter

Marek Vogel 2018

Über den Gastautor

Dr. Klemens Joos ist Lehrbeauftragter an der Fakultät für Betriebswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität **München**. Joos ist zudem Gründer und Geschäftsführer der international tätigen Münchner EU Politik- und Unternehmensberatung EUTOP.

Brexit ist praktisch undenkbar

Auf Grundlage dieser Analyse habe ich mich bereits im November 2015 **Im FOCUS** festgelegt: „Nach dem EU-Vertrag könnte jedes Mitglied freiwillig aus der EU ausscheiden. Praktisch ist das aber nicht mehr denkbar.“

Das war im Übrigen sieben Monate vor dem unheilvollen Referendum im Vereinigten Königreich am 23. Juni 2016 über einen Austritt aus der EU. Premier David Cameron hatte es drei Jahre zuvor angekündigt, nur einen Tag danach gab er seinen Rücktritt bekannt. Wiederum drei Jahre später und nach einer endlosen Reihe gescheiterter Brexit-Verhandlungen zwischen London und Brüssel kapitulierte Camerons Nachfolgerin in Downing Street Nr. 10, Theresa May. Und der amtierende Premierminister Boris Johnson, der sich als unerbittlicher Vollstrecker eines No-Deal-Brexit geriert und massive Schäden für das eigene Land in Kauf nimmt, könnte schon bald das nächste Opfer werden.

Auf Winston Churchill, der in Zürich die Vision eines vereinten **Europas** zu einem Zeitpunkt ausbreitete, als der Kontinent noch in Schutt und Asche des Zweiten Weltkriegs lag, kann Johnson sich bei seinem brachialen Brexit-Kurs auf keinen Fall berufen.

EU wird für Brexit Grundfreiheiten unter keinen Umständen preisgeben

Was ist der tiefere Grund für das Serien-Scheitern der politischen Klasse des Vereinigten Königreichs an der ihr vom Volk 2016 gestellten Aufgabe, den Austritt aus der EU zu vollziehen?

Die Antwort ist, dass ein vertraglich geregelter Brexit von Anfang an prozessual völlig unmöglich war. Die EU kann und wird die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes, also den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital unter keinen Umständen preisgeben. Denn dies wäre der Anfang vom Ende der Europäischen Union.

Diese Grundfreiheiten, vor allem die Personenfreizügigkeit, gehörten jedoch zu den Hauptgründen für die Austrittsentscheidung 2016. Damit aber sind substantielle Änderungen am vorliegenden Austrittsvertrag, wie sie Boris Johnson vorgeblich anstrebt, ausgeschlossen. Gleiches gilt für den „Backstop“, also die Klausel im Entwurf des Austrittsvertrags, der zufolge das Vereinigte Königreich weiterhin den Regeln der Zollunion und des EU-Binnenmarkts unterworfen bleibt, wenn London und Brüssel nicht bis zum 31. Dezember 2020 eine andere Lösung finden, die sicherstellt, dass die Grenze zwischen Irland und Nordirland nicht zur neuen EU-Außengrenze wird.

Boris Johnson hat für Brexit-Kurs keine Mehrheit

Vor allem am „Backstop“ ist May mit ihrem Vertrag mehrfach im Unterhaus gescheitert, weil damit das gesamte Vereinigte Königreich de facto weitgehend in der EU bleiben und der Brexit zur Farce würde. Doch eine andere Lösung für das irische Grenzproblem, das zum Ausbruch neuer Gewalt in Nordirland führen könnte, halten Experten **In Brüssel** und London für ausgeschlossen. Salopp gesagt: Ein bisschen Brexit ist so unmöglich wie ein bisschen schwanger oder ein bisschen Grenze.

Aufgrund dieser prozessualen Logik stehen die **Briten** vor der ungemütlichen Alternative: Ein harter Brexit oder eben kein Brexit. Zur Erinnerung: Im Sommer 2016 stand lediglich zur Auswahl: „Mitglied der Europäischen Union bleiben“ oder „Die Europäische Union verlassen“. Es war damals völlig klar, dass mit „Verlassen“ ein vertraglich geregelter Austritt gemeint war. Für einen harten Brexit, den das Unterhaus dem Premier jetzt per Gesetz verboten hat, hätte es 2016 niemals eine Mehrheit gegeben.

Zu den zahlreichen Geburtsfehlern des Brexits gehört eben auch, dass es beim Referendum keine klare Definition gab, was konkret damit gemeint war und was eben nicht. Die Folge: Johnson hat für seinen Kurs nicht einmal in der eigenen Fraktion noch eine Mehrheit.

No-Brexit ist einzige Lösung

Bleibt also in Wahrheit nur der No-Brexit. Dafür braucht London nur seinen Austrittsantrag von 2017 nach Artikel 50 des EU-Vertrags zurückzunehmen. Nicht ohne Grund hat der Europäische Rat am 10. April 2019 die Regierung **In London** mit der Nase auf die Möglichkeit gestoßen, „ihr Austrittsgesuch zu jedem Zeitpunkt zurückzuziehen“. Und auch das Europäische Parlament hat ganz aktuell in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution auf diesen verblüffend einfachen Ausweg aus der Brexit-Krise hingewiesen. Das ist die einzige Lösung, die London aus eigener Kraft, also souverän, bewerkstelligen kann.

Das Vereinigte Königreich wird nach meiner gefestigten Überzeugung über kurz oder lang diese Möglichkeit ergreifen, weil nur so der Crash eines harten Brexits mit schwerwiegenden Folgen für alle Beteiligten, vor allem aber für die britische Bevölkerung, verhindert werden kann und weil ein vertraglich geregelter Brexit sich als prozessual unmöglich erweisen wird. Bis dahin ist noch die eine oder andere Brexit-Fristverlängerung nicht auszuschließen. Doch eins ist klar: Jede Fristverlängerung verlängert die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten.

Harter Brexit einzige Alternative

In einem komplexen Entscheidungssystem wie der EU wird sich am Ende des Entscheidungsprozesses die Inhaltskompetenz der Prozesskompetenz unterordnen.

Übertragen auf den Brexit bedeutet dies: Das inhaltliche Wollen von zunächst Theresa May und jetzt Boris Johnson – also der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union – muss scheitern, da prozessual, wie aufgezeigt, kein Weg dorthin führt. Dieser schmerzhaft Spagat von Wollen und Können der Brexit-Befürworter führt zwangsläufig zur Rücknahme des Austrittsantrags.

Denn die einzige Alternative ist der harte Brexit, also der Chaos-Brexit. Das wird auch der aktuelle Bewohner von Downing Street Nr. 10 begreifen müssen – mag er sich nun Hulk oder Boris nennen. Verweigert er sich dieser prozessualen Logik, wird ein anderer seine Stelle einnehmen und das Notwendige tun.

Lassen wir uns gerade bei hochkomplexen Prozessen wie dem Brexit nicht von den flüchtigen Wellenbewegungen auf den Weiten der Ozeane täuschen, die sich aufgrund wechselnder Winde immerzu verändern. Für die Bestimmung des richtigen Kurses kommt es auf die Strömungen in der Tiefe der Weltmeere an.

https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-klemens-joos-brexit_id_11166202.html

Abgerufen am 23.09.2019

EU-expert commits himself: Why Brexit-Boris will never reach his goal

(Dr Klemens Joos, EU-expert and LMU-Lecturer)

FIRST PUBLISHED ONLINE IN “FOCUS ONLINE” (22.09.2019)

Although the biggest Brexiteer of all, Boris Johnson, is now leading the United Kingdom as Prime Minister, Brexit is not going any better for him than it did for his predecessor Theresa May. Because, as Focus-Online author, Brexit expert, Dr Klemens Joos from the Ludwig-Maximilians-University (LMU) Munich, is convinced, an agreed Brexit on the basis of a deal is not possible.

If you are legitimately wondering why the United Kingdom, even four years after the withdrawal referendum, is not able to work out Brexit, it is worth taking a look at your passport. On its burgundy coloured cover it says in golden letters “EUROPEAN UNION” and only then, for example, “Bundesrepublik Deutschland”. While not all EU Member States have adopted the addition of “European Union”, almost all have adopted the uniformly designed passport in order to strengthen the sense of community among EU citizens.

A look at the Lisbon Treaty of 2009 is even more worthwhile. It brought such a deeper and closer integration of EU Member States that it must rightly be regarded as the moment the “United States of Europe”, postulated by Winston Churchill in Zurich in 1946, were born.

Through this important treaty, which can claim the status of a European constitution, all EU Member States are so deeply interwoven that none is now in a position to break away from the EU. This is because its ratification meant that Member States gave up a considerable part of their sovereignty and transferred it to the institutions of the EU.

Brexit is practically unthinkable

On the basis of this analysis, I already commented in FOCUS in November 2015: “Under the EU Treaty, any Member State can voluntarily leave the EU. But in practice, this is no longer conceivable.”

Incidentally, this was seven months before the ominous referendum in the United Kingdom on 23 June 2016 on its withdrawal from the EU. Prime Minister David Cameron, having announced it three years before, resigned only one day afterwards. Another three years later, following an endless series of failed Brexit negotiations between London and Brussels, Cameron's successor, Theresa May, capitulated in 10 Downing Street. And the incumbent Prime Minister, Boris Johnson, who projects himself as the inexorable enforcer of a No Deal Brexit, prepared to inflict massive damage on his own country, could very well soon be the next victim.

Under no circumstances can Boris Johnson invoke Winston Churchill, who in Zurich spread the vision of a united Europe at a time when the continent still lay in ash and ruins in the aftermath of the Second World War, to justify his brutal course for Brexit.

The EU will not give away its fundamental freedoms

What is the underlying cause for the series of failures of the political class of the UK to fulfil the task that was given to them by the people, to execute the withdrawal from the EU?

The answer is that an agreed Brexit on the basis of a deal was impossible from the beginning due to reasons related to process. The EU cannot, and under no circumstances will it, give up the four freedoms of the internal market, i.e. the free movement of goods, persons, services and capital. For if it did, it would be the beginning of the end of the European Union.

However, these fundamental freedoms, in particular the free movement of persons, were among the main reasons for the decision in 2016 to withdraw. At the same time, this also means that substantial changes to the withdrawal agreement, which Boris Johnson purportedly is striving for, are precluded. The same applies to the “backstop”, i.e. the clause in the draft withdrawal agreement according to which the UK will remain subject to the rules of the customs union and the EU internal market if London and Brussels have not found a different solution by 31 December 2020, which ensures that the border between Ireland and Northern Ireland does not become a new EU external border.

Boris Johnson has no majority for Brexit-course

May's withdrawal agreement failed several times in the House of Commons above all due to the “back-stop”, because the entire United Kingdom would to a great extent remain de facto in the EU, thereby reducing Brexit to a farce. But a different solution for the problem with the Irish border, which could lead to a renewed outbreak of violence, is considered impossible by experts in Brussels and London. Vulgarly speaking: A little bit of Brexit is just as impossible as being a little bit pregnant or having a little bit of border.

Because of this process-related logic, the British are facing the uncomfortable choice between a hard Brexit and no Brexit. Remember, in the summer of 2016, the only choices were “Remain a member of the European Union” or “Leave the European Union”. It was obvious that “Leave” was meant to be done by an agreement - a 'deal'. A hard Brexit, which the House of Commons has by law now prohibited the Prime Minister from seeking, would never have commanded a majority in 2016.

One of the numerous birth defects of Brexit was the lack of any clear definition during the referendum of what was meant and what was not meant. As a consequence, Johnson has no majority - not even in his own party - for his course of action.

No-Brexit is the only solution

In reality, the only option remaining is a 'No-Brexit'. For this, London only has to revoke its 2017 notification of withdrawal under Article 50 of the Treaty on European Union. It was not without good reason that on 10 April 2019, the European Council pointed out to the government in London that it can “revoke its notification at any time”. The European Parliament has also just recently pointed to this astonishingly simple way out in a resolution adopted by a huge majority. It is the only solution, which London can put in place unilaterally using its own sovereign power.

It is my firm conviction that the United Kingdom is going to take this opportunity sooner or later, as it is the only way to prevent the crash of a hard Brexit with serious negative consequences for all parties involved, but especially for the British public, and because an agreement on Brexit will prove impossible from a process-related view. One or even more deadline extensions are not to be excluded before we reach that point. However, one thing is clear: every extension of the deadline will extend the United Kingdom's membership of the EU with all its associated rights and obligations.

Hard Brexit as the only alternative

In complex decision-making systems like the EU substance-driven competence is ultimately subordinate to process-driven competence.

Applying this to Brexit this means: The substance-driven will of first Theresa May and now Boris Johnson - namely the United Kingdom's departure from the European Union - is bound to fail because, as demonstrated, there is no corresponding process leading to that result. The painful balancing act of the advocates of Brexit between will and means leads inexorably to the revocation of the withdrawal notification.

Because the only alternative is a hard Brexit, that is to say Chaos Brexit. The current inhabitant of 10 Downing Street - whether he calls himself Hulk or Boris - will also ultimately have to realise this. Should he refuse to recognise this process-driven logic, someone else will take his place and do what is necessary.

Especially when dealing with highly complex processes such as Brexit, let us not be fooled by fleeting wave movements on the surface of the sea, which are constantly changing with changes in the wind. Determining the right course depends on the currents in the depths of the oceans.